



Arbeitskreis
Religionsfreiheit – Menschenrechte –
Verfolgte Christen
Deutsche Evangelische Allianz



AKREF-Nachrichten vom 05.04.2024 bis 12.04.2024

Arbeitskreis für Religionsfreiheit - Menschenrechte - verfolgte Christen
der Evangelischen Allianz in Deutschland

Paul Murdoch (redaktion@akref.de)

Inhaltsverzeichnis

China: Ein Ostern voller Früchte des Glaubens	4
Deutschland: 15-jähriger Islamist soll Anschlag auf Weihnachtsmarkt geplant haben	5
Deutschland: Abtreibung - Lebensrechtler kritisieren Expertenkommission	6
Deutschland: Gewaltkriminalität - 2023 höchster Stand seit 15 Jahren	7
Deutschland: Koranverbrennungen - Staatsanwaltschaft beantragt Strafbefehle	8
Deutschland: Oldenburg - Kirchenvertreter verurteilen Brandanschlag auf Synagoge	9
Deutschland: Religionsunterricht bleibt in Berlin freiwillig	10
Deutschland: Sterbehilfe - Berliner Gericht verurteilt Arzt wegen Totschlag	11
Deutschland: Wegen AfD-Kandidatur-Disziplinarverfahren gegen Michaelis	12
Haiti: Menschen auf der Flucht	13
Hongkong: Radio Free Asia schließt sein Büro nach der Verabschiedung von Artikel 23	14
Hongkong: Radio Free Asia schließt sein Büro nach der Verabschiedung von Artikel 23	15
Iran: Zwei Jahre Gefängnis wegen Taufe in Malaysia und Besuch einer Hauskirche	16
Israel/Gaza: Krieg ist die Hölle. Überall.	17
Kasachstan: Gebet für Bevölkerung	19
Kongo: Neue islamistische Angriffe im Osten des Landes	20
Libanon: Christlicher Beamter entführt	21
Libanon: Entführter christlicher Beamter ermordet	22
Libanon: Nach Mord an Politiker	23
Myanmar: Staatenlose Rohingya werden zwangsrekrutiert	24
Nepal: Wegen angeblicher Zwangsbekehrung vor Gericht	25
Niederlande: Israelische Frauen am Flughafen schikaniert	26
Niger: Neun Monate nach dem Putsch	27
Nordkorea: Kontrolle um jeden Preis	28
Pakistan: Christlicher Arbeiter angeschossen, weil er Lohn forderte	29
Pakistan: Das wahre Gesicht der Entführungen und Zwangsheiraten christlicher Mädchen	31
Rücktritt des Generalsekretärs der WEA aus gesundheitlichen Gründen	33
Russland: Für vernünftige Entscheidungen	35
Russland: Nachrichten vom Missionswerk	36
Türkei: Erdbeben bringt Menschen zu Gott	37
Ukraine: Wie geht es den Christen?	38

China: Ein Ostern voller Früchte des Glaubens

470 Taufen in Schanghai

Shanghai (Fides) – Insgesamt 470 Taufen wurden in der Diözese Schanghai in der Osternacht gefeiert. Auch in den anderen katholischen Diözesen Chinas wurde in der Osternacht ein kostbares Aufblühen der Gabe des Glaubens verzeichnet. In Peking wurden in der Osternacht 142 Taufen in der Kathedrale gefeiert. In der Kirche der Unbefleckten Empfängnis, die von dem Jesuiten Matteo Ricci gegründet wurde, empfingen etwa 100 neue Katholiken das erste Sakrament des christlichen Lebens, während in der Kirche Unserer Lieben Frau vom Berge Karmel 25 Taufen gefeiert wurden.

Laut einer Teilstatistik des chinesischen katholischen Portals „xinde.org“ empfingen insgesamt 349 der 470 Neugetauften in Schanghai alle drei ersten Sakramente der sogenannten christlichen Initiation (Taufe, Firmung und Eucharistie).

Am 4. April, in der ersten Osterwoche, stand Bischof Jin Yangke von Ningbo (Provinz Zhejiang), der Einweihung der neuen Kirche in Wenling vor, die dem Heiligen Franz Xaver geweiht ist. Während der feierlichen Liturgie, an der alle Priester der Diözese Taizhou teilnahmen, empfingen etwa dreißig Jugendliche und Erwachsene das Sakrament der Firmung. Die von einem Priester entworfene Kirche hat die Form eines Kreuzes und eine neobarocke Fassade. Sie ist 39 Meter lang und hat eine Gesamtfläche von 1.500 Quadratmetern. Die Baukosten betragen fast 8 Millionen Yuan, die zum Teil durch Spenden der Gläubigen und einen erheblichen Beitrag der Diözese Taizhou und der staatlichen Behörden aufgebracht wurden.

(NZ) (Fides 9/4/2024)

Deutschland: 15-jähriger Islamist soll Anschlag auf Weihnachtsmarkt geplant haben

Die Staatsanwaltschaft in Düsseldorf hat Anklage gegen ihn

Düsseldorf/Leverkusen (IDEA) – Ein 15-Jähriger aus Nordrhein-Westfalen soll einen islamistisch motivierten Terroranschlag auf den Weihnachtsmarkt in Leverkusen-Opladen geplant haben. Das geht aus einer Pressemitteilung der Zentralstelle Terrorismusverfolgung Nordrhein-Westfalen (ZenTer NRW) hervor. Sie ist bei der Generalstaatsanwaltschaft Düsseldorf angesiedelt. Der Jugendliche lebt im Rheinisch-Bergischen-Kreis. Die Staatsanwaltschaft hat gegen ihn Anklage vor der Jugendkammer des Landgerichts Köln erhoben. Sie wirft ihm vor, im November 2023 ein Video in eine Chatgruppe gestellt zu haben, in dem er ankündigte, „Ungläubige“ zu töten. Darüber hinaus soll er mit einem Komplizen aus Brandenburg ernstlich verabredet haben, auf dem Weihnachtsmarkt einen mit Gasflaschen gefüllten Kleintransporter zur Explosion zu bringen. Wie die Zentralstelle weiter mitteilte, sitzt der Angeschuldigte in Untersuchungshaft. Ihm droht bei einer Verurteilung nach dem Jugendgerichtsgesetz eine Strafe von bis zu zehn Jahren Gefängnis.

Deutschland: Abtreibung - Lebensrechtler kritisieren Expertenkommission

Sie empfiehlt eine Legalisierung in den ersten 12 Wochen der Schwangerschaft

Berlin/Augsburg (IDEA) – Lebensrechtler haben scharfe Kritik an dem Vorschlag der „Kommission zur reproduktiven Selbstbestimmung und Fortpflanzungsmedizin“ zur Neuregelung des Abtreibungsrechts geübt. Hintergrund: Die achtzehnköpfige [Kommission](#) war 2023 von der Ampelregierung berufen worden, um u.a. eine Neuregelung des Abtreibungsrechts außerhalb des Strafrechts zu prüfen. Derzeit ist gemäß Paragraf 218 Strafgesetzbuch eine Abtreibung grundsätzlich rechtswidrig, bleibt aber unter bestimmten Voraussetzungen innerhalb der ersten zwölf Schwangerschaftswochen straffrei. Nach Informationen des Nachrichtenmagazins „Der Spiegel“ schlägt die Kommission in ihrem Abschlussbericht eine tiefgreifende Neuregelung vor. Die derzeitige Regelung im Strafgesetzbuch halte einer „verfassungsrechtlichen, völkerrechtlichen und europarechtlichen Prüfung“ nicht stand. Stattdessen müssten Abtreibungen in den ersten zwölf Wochen grundsätzlich als rechtmäßig gelten. Nach Ansicht der Kommission könnte der Gesetzgeber die Tötung ungeborener Kinder sogar bis zu dem Zeitpunkt erlauben, ab dem sie eigenständig lebensfähig sind. Das ist in der Regel etwa ab der 22. Schwangerschaftswoche der Fall. Erst danach müsse eine Abtreibung grundsätzlich verboten sein.

Leihmutterschaft unter bestimmten Bedingungen erlauben

Wie der „Spiegel“ weiter berichtet, empfiehlt die Kommission außerdem, die derzeit geltenden Verbote von Eizellspenden und altruistischer (uneigennütziger) Leihmutterschaft unter bestimmten Bedingungen aufzuheben. So könne etwa eine Leihmutterschaft erlaubt werden, wenn Eltern und Leihmutter sich zum Beispiel durch ein familiäres Verhältnis kennen oder eine Vereinbarung treffen, nach der eine Beziehung zwischen beiden Parteien noch über die Geburt hinaus besteht. Außerdem solle eine Leihmutter eine „angemessene Aufwandsentschädigung“ erhalten.

ALfA: „Wie bestellt, so geliefert“

Die Bundesvorsitzende der Aktion Lebensrecht für Alle (ALfA/Augsburg), Cornelia Kaminski, erklärte in einer Stellungnahme, die Kommission liefere mit ihren Vorschlägen „wie bestellt“ die von der Ampelregierung gewünschten Ergebnisse. Eine Umsetzung werde das Lebensrecht ungeborener Kinder endgültig abschaffen. Es sei „ein Hohn auf die Grundlagen der internationalen Rechtsprechung“, wenn die Kommission sich auf Verfassungs-, Europa- und Völkerrecht berufe. Ihre Vorschläge widersprächen u.a. der universalen Erklärung der Menschenrechte und der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zum Schutz des ungeborenen Lebens. Weiter heißt es in der Stellungnahme: „Was daher bleibt, ist der schale Eindruck, hier handelt es sich um einen Kuhhandel, dessen Opfer sowohl Frauen als auch Kinder sind. Die Grünen bedienen die Abtreibungslobby, die sie zu ihrem Wählerklientel rechnet. Die FDP, die sich gegen die Liberalisierung sträubt, wird mit einer freizügigen Regelung von Leihmutterschaft und Eizellspende gekauft.“

Ärzte für das Leben: „Schwarzer Tag für die Menschenrechte“

Die Organisation „Ärzte für das Leben“ (Münster) sprach in einer Stellungnahme von einem „schwarzen Tag für die Menschenrechte in Deutschland“. Wenn die grundsätzliche Rechtswidrigkeit von Abtreibungen aufgegeben werde, komme das einer „tektonischen Verschiebung im rechtlichen Status des Menschen in seiner vulnerabelsten Phase“ gleich. „Wie die anderen Menschenrechte ist das Recht auf Leben nicht teilbar: Entweder gilt es immer und für alle, oder es gilt so richtig nie und für niemanden“, erklärte der Vorsitzende der Organisation, Paul Cullen. „Wir können nur hoffen dass sich die anderen Parteien im Bundestag und nicht zuletzt das Bundesverfassungsgericht über die Tragweite dieses Vorschlags im Klaren sind und dafür sorgen, dass er nicht gesetzlich umgesetzt wird.“

Deutschland: Gewaltkriminalität - 2023 höchster Stand seit 15 Jahren

Insbesondere Raubdelikte und Messerangriffe haben stark zugenommen

Berlin (IDEA) – Die Gewaltkriminalität in Deutschland hat 2023 den höchsten Stand seit 15 Jahren erreicht. Das geht aus der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) für das vergangene Jahr hervor, die Welt am Sonntag exklusiv vorab vorliegt. Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) wird die PKS am 9. April vorstellen. Bei der Gewaltkriminalität wurden 214.099 Fälle gezählt, was an einem Zuwachs von 8,6 Prozent gegenüber 2022 entspricht. So stieg die „gefährliche und schwere Körperverletzung“ um 6,8 Prozent auf 154.541 Fälle. Das ist die bislang höchste Fallzahl. Bei der Gewaltkriminalität haben insbesondere Raubdelikte stark zugenommen (44.857, plus 17,4 Prozent). Bei den Messerangriffen gab es ebenfalls einen deutlichen Anstieg (8.951 Fälle, plus 9,7 Prozent). Die Gesamtzahl der Straftaten legte um 5,5 Prozent auf 5,94 Millionen zu. Die Zahl der Tatverdächtigen wuchs auf 2,246 Millionen (plus 7,3 Prozent). Davon besitzen 923.269 (plus 17,8 Prozent) keinen deutschen Pass. Damit sind 41 Prozent aller Tatverdächtigen ausländischer Herkunft. Im Vergleich der 16 Bundesländer verzeichnete Berlin die meisten Straftaten pro 100.000 Einwohner (14.292). Dahinter folgen Bremen (14.170), Hamburg (12.380) und Sachsen-Anhalt (8.863). Am sichersten lebt man in Bayern (4.873). Die Aufklärungsquote aller erfassten Straftaten lag bei 58,4 Prozent (2022: 57,3 Prozent). Der nordrhein-westfälische Innenminister Herbert Reul (CDU) sagte der Welt am Sonntag zum Anstieg der Gewaltkriminalität: „Konflikte werden schneller mit Fäusten statt mit Worten gelöst. Die Zündschnur ist kürzer geworden.“ Kriege und Krisen hätten die Stimmung zusätzlich angeheizt: „Das ist wie ein großes Pulverfass.“ Die niedersächsische Innenministerin Daniela Behrens (SPD) nannte als plausible Gründe etwa die Inflation, die wieder höhere Mobilität nach der Pandemie und Migrationsbewegungen.

Deutschland: Koranverbrennungen - Staatsanwaltschaft beantragt Strafbefehle

Sie sieht darin eine strafbare „Beschimpfung von Glaubensbekenntnissen

Hamburg (IDEA) – Die Staatsanwaltschaft Hamburg hat wegen einer Koranverbrennung Strafbefehle beantragt. Das erklärte eine Sprecherin der Staatsanwaltschaft gegenüber der Evangelischen Nachrichtenagentur IDEA. Die Anklagebehörde beantragte die Strafbefehle beim Amtsgericht gegen drei Männer, die im August 2022 bei einer angemeldeten Versammlung vor der sogenannten Blauen Moschee in Hamburg einige Seiten aus einem Koran herausgerissen, angezündet und zu Boden geworfen hatten. Dadurch hätten sie den Tatbestand der „Beschimpfung von Glaubensbekenntnissen“ gemäß Paragraf 166 des Strafgesetzbuches erfüllt. Die Vorschrift stellt solche Beschimpfungen unter Strafe, wenn sie geeignet sind, den öffentlichen Frieden zu stören. Dafür drohen bis zu drei Jahren Gefängnis oder eine Geldstrafe. Die Staatsanwaltschaft stütze ihre Rechtsauffassung, dass Koranverbrennungen in den Anwendungsbereich des Paragrafen fallen, unter anderem auf einen Beschluss des Petitionsausschusses des Bundestages. Er hatte sich 2023 mit einer Petition befasst, die ein ausdrückliches gesetzliches Verbot von Koranverbrennungen gefordert hatte. In dem Beschluss des Ausschusses hieß es, solche Aktionen seien – abhängig von den Umständen des Einzelfalls – bereits nach geltendem Recht durch Paragraf 166 Strafgesetzbuch verboten. Über den Strafbefehlsantrag der Staatsanwaltschaft Hamburg muss nun ein Amtsgericht entscheiden. Es kann die beantragte Strafe aussprechen oder den Erlass eines Strafbefehls ablehnen.

Schweden: Koranverbrennungen führten zu Ausschreitungen

Im Sommer 2023 hatte eine Koranverbrennung in der schwedischen Hauptstadt Stockholm massive [Proteste](#) in muslimischen Staaten ausgelöst. Ein in Schweden lebender Iraker hatte ein Exemplar des Korans vor der Hauptmoschee von Stockholm mit Füßen getreten und teilweise in Brand gesteckt. Die Sicherheitskräfte hatten die entsprechende Demonstration unter dem Gesichtspunkt der Meinungsfreiheit zuvor genehmigt. Die Weltweite Evangelische Allianz (WEA), der Weltkirchenrat und das katholische Hilfswerk Caritas International [verurteilten](#) die Koranverbrennung in einer gemeinsamen Erklärung als „öffentlichen Akt religiösen Hasses“. Als Reaktion auf die Verbrennung stürmten etwa in Bagdad Demonstranten die schwedische Botschaft und legten Feuer. In Pakistan riefen radikale Muslime zu Anschlägen gegen Christen auf. Wenige Wochen später griff ein wütender Mob von Muslimen das christliche Viertel in der Stadt pakistanischen [Jaranwala](#) an und brannte 100 Häuser nieder.

Dänemark: Streit um „Korangesetz“

Auch in Dänemark kam es 2023 zu einer Reihe von Koranverbrennungen durch Islamkritiker. Im Dezember beschloss das dänische [Parlament](#) (Folketing) nach heftiger kontroverser Debatte ein Verbot solcher Aktionen. Bei der Abstimmung votierten 94 Abgeordnete für das sogenannte „Korangesetz“, 77 dagegen. Die Befürworter erklärten u.a., Koranverbrennungen erhöhten die Gefahr von islamistischen Terroranschlägen. Die Gegner kritisierten das Gesetz als Einschränkung der Meinungsfreiheit und „Punktsieg für Islamisten“.

Protest gegen islamische Extremisten

Die Blaue Moschee (Imam Ali Moschee) an der Hamburger Außenalster, vor der die Hamburger Koranverbrennung stattfand, ist Sitz des Islamischen Zentrums Hamburg (IZH). Es wird vom Hamburger Verfassungsschutz als Außenposten des iranischen Mullah-Regimes in Europa gesehen. Der Trägerverein wird von der Behörde als extremistische und demokratiefeindliche Gruppierung eingestuft. Trotzdem gehörte das IZH bis vor wenigen Monaten dem Rat der islamischen Gemeinschaften in Hamburg (Schura) an, mit dem die Landesregierung zusammenarbeitet. Zuletzt forderte u.a. das [Junge Forum](#) der Deutsch-Israelischen Gesellschaft (DIG/Berlin) die sofortige Schließung des IZH.

Deutschland: Oldenburg - Kirchenvertreter verurteilen Brandanschlag auf Synagoge

Reformierte: Attacke zeigt, dass Antisemitismus zunimmt

Oldenburg (IDEA) – Evangelische Kirchenvertreter haben einen Brandanschlag auf die Synagoge der jüdischen Gemeinde in Oldenburg scharf verurteilt. Wie die Polizei mitteilte, hatten Unbekannte am 5. April um die Mittagszeit einen Brandsatz auf eine Tür des Gebäudes geworfen. Dadurch wurde die Tür beschädigt. Da der Brand schnell gelöscht werden konnte, sei kein weiterer Schaden entstanden. Auch ein Feuerwehreinsatz war nicht erforderlich. Menschen wurden nicht verletzt. Zum Zeitpunkt der Tat habe in der Synagoge keine Veranstaltung stattgefunden. Die Polizei fahnde mit einem Großaufgebot nach den Tätern und der Staatsschutz habe die Ermittlungen aufgenommen. Die Hintergründe der Tat seien bisher unklar. Ein Bündnis gegen Antisemitismus und Antizionismus veranstaltete am Abend eine Mahnwache vor der Synagoge.

Adomeit: Feige und menschenverachtende Tat

Der Bischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Oldenburg, Tomas Adomeit, verurteilte den Anschlag auf die Synagoge „auf das Entschiedenste“. Er sei entsetzt über die feige Tat und erleichtert, dass der Brand schnell gelöscht werden konnte und so kein weiterer Schaden entstanden sei. Weiter sagte Adomeit: „Dieser niederträchtige und menschenverachtende Anschlag zeigt leider erneut, dass wir das Übel des Antisemitismus in unserer Gesellschaft nicht überwunden haben.“ Es sei „nicht hinnehmbar, dass unsere jüdischen Schwestern und Brüder Sorge um ihr eigenes Leben haben müssen“.

Reformierte: Entsetzt über offensichtlichen Antisemitismus

Der Vizepräsident der Evangelisch-reformierten Kirche, Helge Johr (Leer), erklärte: „Ich bin entsetzt über den offensichtlichen Antisemitismus in unserer Region. Der Anschlag zeigt leider, dass öffentlicher Antisemitismus wächst und Menschen in unserem Land vor Anschlägen gegen Menschen und Sachen nicht zurückschrecken.“ Johr äußerte sich in Vertretung von Kirchenpräsidentin Susanne Bei der Wieden, die zurzeit in Südafrika ist.

Deutschland: Religionsunterricht bleibt in Berlin freiwillig

Religion sollte in Berlin wieder festes Unterrichtsfach werden. Obwohl das im Koalitionsvertrag verankert ist, hat man sich nun erst einmal dagegen entschieden. Ein Grund könnte Personalmangel sein.

IIRF-D/pro/Tübingen/11.04.24 – Mit einem Beitrag von Swanhild Brenneke berichtet das christliche Medien Magazin pro über die entwicklungen zum Religionsunterricht im Bundesstaat Berlin:

»In Berliner Schulen ist Religion im Gegensatz zu anderen Bundesländern nicht verpflichtend

Eigentlich sollte der Religionsunterricht in Berlin wieder als reguläres Unterrichtsfach eingeführt werden. So sieht es zumindest der Koalitionsvertrag der schwarz-roten Regierung vor, die seit 2023 in Berlin regiert. Religion als Wahlpflichtfach ist dort festgehalten.

Nun stellte der Berliner Senat das neue Schulgesetz vor, das im August in Kraft tritt. Katharina Günther-Wünsch (CDU), Senatorin für Bildung, Jugend und Familie, erklärte bei der Vorstellung zum Thema Religionsunterricht: „Künftig wird im Schulgesetz ausdrücklich festgehalten, dass Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften das Recht haben, entsprechenden Unterricht anzubieten. Wenn die Nachfrage besteht und ein Träger daher diesen anbieten möchte, steht diese Entscheidung nicht zur Disposition der Schule.“

Das bedeutet, Religion wird doch nicht verpflichtend, sondern bleibt freiwillig und wie bisher geregelt: Die Kirchen können Bekenntnisunterricht in eigener Verantwortung und als Zusatzangebot erteilen – als reines Wahlfach.

Auf Nachfrage von PRO, warum man vom Koalitionsvertrag abgewichen ist, teilte die zuständige Pressestelle mit: Es sei klar gewesen, „dass es in drei Jahren eine Herausforderung ist, ein reguläres Unterrichtsfach zu implementieren“. Rahmenlehrpläne müssten angepasst werden. Außerdem müsse zuerst das nötige Personal qualifiziert werden. Das brauche Zeit.

Religionsunterricht sei nun als erster Schritt schulgesetzlich verankert und werde damit gestärkt und aufgewertet. Auch wenn die Teilnahme nicht verpflichtend sei, werde ab Sommer zum ersten Mal an alle Siebtklässler ein Formular mit der Möglichkeit zur freiwilligen Anmeldung ausgeteilt. „Es bleibt weiterhin das Ziel, Religion als Unterrichtsfach in die Schulen zu bringen.“«

Quelle: <https://www.pro-medienmagazin.de/religionsunterricht-bleibt-in-berlin-freiwillig>

Deutschland: Sterbehilfe - Berliner Gericht verurteilt Arzt wegen Totschlag

Er hatte einer depressiven jungen Frau tödliche Medikamente besorgt

Berlin (IDEA) – Das Landgericht Berlin hat einen pensionierten Arzt zu drei Jahren Gefängnis verurteilt, weil er einer an Depressionen leidenden jungen Frau Sterbehilfe geleistet hat. Die Richter befanden ihn wegen eines Totschlags in mittelbarer Täterschaft für schuldig. Das geht aus einer Pressemitteilung des Gerichts hervor. Der Mediziner hatte der 37-jährigen Studentin zunächst im Juni 2021 auf ihren Wunsch hin ein tödliches Medikament in Tablettenform besorgt. Sie erbrach die Tabletten jedoch nach der Einnahme und überlebte. Sie wurde daraufhin in ein psychiatrisches Krankenhaus eingeliefert. Obwohl sie in ihrem Todeswunsch schwankend gewesen sei, habe er ihr nach der Entlassung aus der Klinik in einem Hotelzimmer eine Infusion mit einem todbringenden Medikament gelegt. Die Frau setzte die Infusion durch Aufdrehen des Rädchens selbst in Gang und starb innerhalb von Minuten. Trotzdem liege kein Fall von strafloser Beihilfe zur Selbsttötung vor, befanden die Richter. Die Studentin sei wegen ihrer Erkrankung zu diesem Zeitpunkt nämlich nicht zu einer freiverantwortlichen Entscheidung in der Lage gewesen. Der Mediziner habe durch zahlreiche Gespräche mit ihr auch gewusst, dass sie ständig zwischen dem Wunsch zu leben und dem Wunsch zu sterben hin und hergeschwankt habe. Außerdem habe er direkten Einfluss auf ihre Entscheidung genommen, indem er wahrheitswidrig zusagte, erforderlichenfalls auch über die Grenzen des Erlaubten hinaus nachzuhelfen, damit sie bei dem zweiten Anlauf auch tatsächlich sterbe. Dadurch habe er die junge Frau „als mittelbarer Täter zu einem Werkzeug gegen sich selbst gemacht“. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig. Der Verurteilte kann dagegen Revision einlegen.

Deutschland: Wegen AfD-Kandidatur-Disziplinarverfahren gegen Michaelis

Verkündigung und Sakramentsverwaltung sind ihm vorläufig untersagt

Magdeburg (IDEA) – Die Evangelische Kirche in Mitteldeutschland (EKM) hat ein Disziplinarverfahren gegen Pfarrer Martin Michaelis (Quedlinburg) eingeleitet. Der Grund ist seine Kandidatur als Parteiloser für die AfD bei den Kommunalwahlen in Sachsen-Anhalt. Das teilte die Landeskirche in einer Presseerklärung mit. Weiter heißt es dort, mit der Eröffnung des Verfahrens seien ihm die öffentliche Wortverkündigung und Sakramentsverwaltung (Taufe, Abendmahl) für die Dauer des Disziplinarverfahrens untersagt. Wegen der Kandidatur hatte der Kreiskirchenrat des Kirchenkreises Egeln Michaelis im März bereits die [Pfarrbeauftragung](#) für den Pfarrbereich Gatersleben entzogen. Zur Begründung für das Disziplinarverfahren erklärte die Landeskirche, als Pfarrer sei Michaelis verpflichtet, gegen rechtsextreme Positionen Stellung zu beziehen. Das sei nicht vereinbar mit seiner Kandidatur für die AfD, deren Landesverbände in Sachsen-Anhalt und Thüringen vom Verfassungsschutz als erwiesen rechtsextremistisch eingestuft würden. Dadurch erzeuge Michaelis den Anschein, als sei rechtsextremes Gedankengut vereinbar mit christlicher Theologie und Haltung. Der Anschein der Pflichtverletzung werde durch ein öffentliches Auftreten von Michaelis zusammen mit bekannten Mitgliedern der rechtsextremen und neonazistischen Szene verstärkt. Weiter heißt es in der Mitteilung: „Sein öffentliches Auftreten steht nach den jüngsten Verlautbarungen des Landeskirchenrates der EKM und der Bischofskonferenz der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands mutmaßlich im Widerspruch zum christlichen Menschenbild, das jeden Menschen als Geschöpf und Ebenbild Gottes sieht.“ Deshalb habe er durch die Kandidatur möglicherweise auch gegen seine Treue- und Loyalitätspflicht gegenüber der Landeskirche verstoßen.

Michaelis: Nichts vom Verfahren gewusst

Michaelis teilte auf Anfrage der Evangelischen Nachrichtenagentur IDEA mit, dass er von dem Verfahren nichts gewusst habe und erst durch die Anfrage davon erfahren habe: „Wie gut, dass es das Internet und die Presse gibt als Ersatz für die fehlende Kommunikation.“ Er wies die in der EKM-Pressemitteilung genannten Ausführungen zurück: „Aus meiner Sicht gibt es für ein Disziplinarverfahren keine hinreichenden Gründe.“

Haiti: Menschen auf der Flucht

Gesundheitswesen vor dem Zusammenbruch: Kamillianer verbarrikadieren sich im Krankenhaus der Hauptstadt

Port au Prince (Fides) - "Die Banden besitzen von Tag zu Tag mehr Waffen und werden grausamer, wir haben uns im Krankenhaus verbarrikadiert und hoffen, dass sie uns nicht angreifen. Wir können nicht hinausgehen, um Lebensmittel oder Medikamente für die Menschen zu kaufen, die bei uns sind, behinderte Kinder, Kranke, Angehörige der Krankenhauspatienten und das medizinische und pflegerische Personal", so der Kamillianerpater Erwan, der als Missionar in des Krankenpflegeordens in Haiti tätig ist, aus Port-au-Prince, wo die Tragödie die Bevölkerung weiterhin alle in Atem hält. "Sie erlaubten uns, nachdem wir das ‚Schutzgeld‘ bezahlt hatten, einmal mit dem Krankenwagen loszufahren, um 30 Sauerstoffflaschen für die Kranken und für die Chirurgie zu kaufen. Doch die Situation wird von Tag zu Tag gefährlicher", betont der Kamillianer, der zusammen mit seinem Mitbruder Pater Robert, dem Leiter des „Foyers St. Camillus“, als Verwalter tätig ist. Das „Foyer“ befindet sich in La Plaine, in der Gemeinde Croix de Bouquet, im Norden der Hauptstadt Port au Prince.

„Ich denke an die Tragödie, die das haitianische Volk erlebt, das inmitten der weltweiten Gleichgültigkeit jeden Tag tiefer und tiefer in den Abgrund stürzt“, so Pater Antonio Menegon (MI). Niemand spricht darüber, schlimmer noch, niemand greift ein, und mit dem Wenigen, was wir tun können, versuchen wir, den vielen haitianischen Menschen zu helfen, trotz des Schweigens um sie herum zu leben. Das Leben des haitianischen Volkes zu retten, bedeutet, die Auferstehung Jesu im täglichen Leben fortzusetzen“, schließt der Priester, der für die Non-Profit-Organisation „Midian Horizons“ der Kamillianer verantwortlich ist.

Einem Bericht der Vereinten Nationen zufolge sind in den letzten Wochen mehr als 50.000 Menschen aus der Hauptstadt geflohen, zusätzlich zu den über 100.000 Flüchtlingen, die sich bereits im Süden Haitis befinden. Einem am Dienstag veröffentlichten Bericht der Internationalen Organisation für Migration zufolge haben bewaffnete Banden in den letzten drei Wochen rund 53.000 Menschen aus der Hauptstadt vertrieben. Mehr als die Hälfte von ihnen sind in den Süden des Landes geflohen, wo sich bereits 116.000 Menschen aufhielten.

(AP) (Fides 4/4/2024)

Hongkong: Radio Free Asia schließt sein Büro nach der Verabschiedung von Artikel 23

International Christian Concern - Nach 28 Jahren Tätigkeit in Hongkong hat Radio Free Asia (RFA) sein Büro in Hongkong geschlossen. Als Grund für die Schließung wurden Sicherheitsbedenken im Zusammenhang mit dem umstrittenen Artikel 23, einem kürzlich erlassenen nationalen Sicherheitsgesetz, genannt.

RFA, das in erster Linie von US-amerikanischen Spendern finanziert wird, war eine wichtige Quelle für zuverlässige und aufschlussreiche Nachrichten und Informationen über verschiedene Ereignisse in Asien, einschließlich der Verfolgung von Christen in der Region.

Die Behörden in Hongkong haben die Arbeit von RFA regelmäßig als parteiische Panikmache bezeichnet, insbesondere in Bezug auf die jüngste Kritik an Artikel 23.

Die chinesischen und Hongkonger Behörden haben argumentiert, dass Artikel 23 notwendig sei, um die Ordnung in dem Gebiet wiederherzustellen, insbesondere seit den pro-demokratischen Protesten 2019.

Kritiker auf der ganzen Welt weisen jedoch darauf hin, dass Artikel 23 Freiheiten und grundlegende Menschenrechte unterdrückt und schwere Strafen von bis zu lebenslanger Haft für Verbrechen wie Hochverrat, Volksverhetzung, Verrat von Staatsgeheimnissen, Spionage und Einmischung von außen vorsieht.

RFA ist nach Apple Daily und Stand News bereits die dritte Nachrichtenagentur, die seit 2020 ihren Betrieb in Hongkong einstellen muss. Diese Sender hatten sich kritisch über den wachsenden Einfluss Chinas auf die Angelegenheiten Hongkongs geäußert.

Quelle: International Christian Concern; www.persecution.org

Aus dem Englischen übersetzt und überarbeitet von AKREF

Hongkong: Radio Free Asia schließt sein Büro nach der Verabschiedung von Artikel 23

International Christian Concern - Nach 28 Jahren Tätigkeit in Hongkong hat Radio Free Asia (RFA) sein Büro in Hongkong geschlossen. Als Grund für die Schließung wurden Sicherheitsbedenken im Zusammenhang mit dem umstrittenen Artikel 23, einem kürzlich erlassenen nationalen Sicherheitsgesetz, genannt.

RFA, das in erster Linie von US-amerikanischen Spendern finanziert wird, war eine wichtige Quelle für zuverlässige und aufschlussreiche Nachrichten und Informationen über verschiedene Ereignisse in Asien, einschließlich der Verfolgung von Christen in der Region.

Die Behörden in Hongkong haben die Arbeit von RFA regelmäßig als parteiische Panikmache bezeichnet, insbesondere in Bezug auf die jüngste Kritik an Artikel 23.

Die chinesischen und Hongkonger Behörden haben argumentiert, dass Artikel 23 notwendig sei, um die Ordnung in dem Gebiet wiederherzustellen, insbesondere seit den pro-demokratischen Protesten 2019.

Kritiker auf der ganzen Welt weisen jedoch darauf hin, dass Artikel 23 Freiheiten und grundlegende Menschenrechte unterdrückt und schwere Strafen von bis zu lebenslanger Haft für Verbrechen wie Hochverrat, Volksverhetzung, Verrat von Staatsgeheimnissen, Spionage und Einmischung von außen vorsieht.

RFA ist nach Apple Daily und Stand News bereits die dritte Nachrichtenagentur, die seit 2020 ihren Betrieb in Hongkong einstellen muss. Diese Sender hatten sich kritisch über den wachsenden Einfluss Chinas auf die Angelegenheiten Hongkongs geäußert.

Quelle: International Christian Concern; www.persecution.org

Aus dem Englischen übersetzt und überarbeitet von AKREF

Iran: Zwei Jahre Gefängnis wegen Taufe in Malaysia und Besuch einer Hauskirche

(IGFM) Die christliche Konvertitin Laleh Saati, die vor etwa zwei Monaten verhaftet wurde und aktuell im Evin-Gefängnis inhaftiert ist, wurde am 25. März 2024 zu zwei Jahren Haft verurteilt, außerdem wurde ein Ausreiseverbot verhängt. Die 45-jährige christliche Konvertitin wurde vom Revolutionsgericht in Teheran unter dem Vorsitz von Richter Iman Afshari zu einer Haftstrafe verurteilt, weil sie „durch ihre Kontakte zu zionistischen christlichen Organisationen gegen die nationale Sicherheit verstoßen“ habe“. Die Anklage stützte sich auf ihre Teilnahme an Treffen von Hauskirchen im Iran und auf den Inhalt ihres Mobiltelefons. Darauf befanden sich unter anderem Videos von der Taufe der christlichen Konvertitin in Malaysia und von ihren Aktivitäten in einer Kirche in Malaysia.

Eine informierte Quelle, die der Familie von Laleh nahesteht, sagte, sie sei in einem schlechten psychischen Zustand und leide im Gefängnis unter schweren Depressionen.

Am 18. März hat der Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen, Javaid Rehman, vor dem Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen in Genf seinen Bericht über Menschenrechtsverletzungen im Iran vorgestellt. Er brachte seine tiefe Besorgnis über die anhaltenden Schikanen und willkürlichen Verhaftungen von religiösen Minderheiten, darunter Bahai, christliche Konvertiten und Sufis, zum Ausdruck. Er bezeichnete die mangelnde Rechenschaftspflicht der Islamischen Republik in Bezug auf Menschenrechtsverletzungen als „traurig“ und wies darauf hin, dass sich die Menschenrechtssituation im Iran verschlechtert habe.

Israel/Gaza: Krieg ist die Hölle. Überall.

Wir bringen hier ein Kommentar [von Ben Cohen / JNS.org](#):

"Krieg", soll der General der Unionsarmee, William Tecumseh Sherman, einige Jahre nach dem Amerikanischen Bürgerkrieg zu einer Gruppe von Armeekadetten gesagt haben, "die Hölle sein." Mehr als eineinhalb Jahrhunderte später deutet nichts darauf hin, dass Shermans Einschätzung anders ausfallen würde, wenn er den Zustand des Krieges in unserer Zeit überblicken würde.

Doch so sehr dieses Sherman zugeschriebene Zitat wie ein pazifistischer Schlachtruf klingt, ist es nicht. Sherman wusste nur zu gut, dass manche Kriege gerecht sein können, auch wenn ihre Auswirkungen schmerzhaft zu beobachten sind. "Man kann den Krieg nicht härter bezeichnen, als ich es tun werde. Krieg ist Grausamkeit, und man kann sie nicht verfeinern; und diejenigen, die den Krieg in unser Land gebracht haben, verdienen alle Flüche und Verwünschungen, die ein Volk ausgießen kann", erklärte Sherman in einem Brief an den konföderierten Befehlshaber General John Bell Hood. "Aber es kann keinen Frieden und keine Spaltung unseres Landes geben. Wenn sich die Vereinigten Staaten jetzt einer Teilung unterwerfen, wird sie nicht aufhören, sondern so lange weitergehen, bis wir das Schicksal Mexikos ernten, das ein ewiger Krieg ist." Dies zu verhindern, war nach Shermans Ansicht das vorrangige Ziel der Union in ihrem Bestreben, die Sklavenstaaten in einem gerechten Krieg zu besiegen, der dennoch etwa 600.000 Menschenleben forderte.

Denn so sehr der Krieg die Hölle war, immer noch ist und immer sein wird, so sind auch manche Kriege gerecht und manche offenkundig ungerecht. Israels Krieg gegen die Hamas in Gaza ist ein perfektes Beispiel für ersteres. Das liegt nur daran, dass Israel seine Militäroperationen nicht begonnen hätte, wenn die Mörder und Vergewaltiger der Hamas während des Pogroms am 7. Oktober nicht mehr als 1.200 Israelis und Ausländer abgeschlachtet hätten. Das liegt nur daran, dass Israel gegen einen Feind kämpft, der sein Ziel, den einzigen unabhängigen jüdischen Staat der Welt zu zerstören, nie verheimlicht hat. Es liegt einfach daran, dass die Hamas und ihre iranischen Oberherren ohne eine israelische Reaktion der Art, wie wir sie in den letzten Monaten erlebt haben, keine Skrupel hätten, einen weiteren 7. Oktober zu veranstalten und dann noch einen, ad infinitum, bis ihr Ziel erreicht ist.

Das bedeutet nicht, dass die palästinensische Zivilbevölkerung im Gazastreifen nicht leidet. Sie sind es – und das ist eine Wahrheit, die wir anerkennen können, auch wenn wir zu Recht misstrauisch sind, wenn es um die Opferzahlen geht, die das von der Hamas geführte Gesundheitsministerium in Gaza am laufenden Band herausgibt. Der Wunsch nach einem Waffenstillstand, damit dieses Blutvergießen wenigstens gestoppt werden kann, ist eine humane Antwort auf die Szenen, die wir erleben. Aber diejenigen, die Israel auffordern, jetzt einen Waffenstillstand zu verkünden – unter ihnen dieselben widersprüchlichen Stimmen, die Israel fälschlicherweise beschuldigen, einen "Völkermord" in Gaza zu betreiben – wollen keinen Waffenstillstand in dem Sinne, wie dieser Begriff konventionell verstanden wird. Sie wollen, dass Israel bedingungslos und einseitig kapituliert, als ersten Schritt zu seiner letztendlichen Vernichtung. Anders ausgedrückt: Die in Keffiyeh gekleideten Demonstranten, die unsere Straßen verstopfen, sind empört über den Anblick toter palästinensischer Kinder, haben aber keine Bedenken, Kindern in Israel ein ähnliches Schicksal zu wünschen.

Besonders deprimierend an dieser Situation ist, dass, während sich diese müde Debatte hinzieht – mit immer mehr antisemitischen Tropen, während die Gemüter erhitzt werden –, andere, schrecklichere Kriege und Konflikte rund um den Globus einfach ignoriert werden. Wir lesen und hören in diesen Tagen viel weniger über die Ukraine, und wenn wir es tun, dann geht es selten um das Leid, das die einmarschierenden Russen der ukrainischen Zivilbevölkerung zufügen, einschließlich Vergewaltigung und Entführung von Kindern, und fast immer darum, wie sich dieser Krieg auf die innenpolitischen Spaltungen Amerikas ausgewirkt hat, während wir uns auf die Präsidentschaftswahlen im November zubewegen.

Das Gleiche gilt für den Sudan, wo die paramilitärische Rebellenarmee Rapid Support Forces (RSF) mit ihrer rassistischen Kampagne der "Arabisierung" gegen das Volk der Masalit im Westen des Landes weiterhin unvorstellbare Schrecken anrichtet – am selben Ort wie der Völkermord in Darfur im Jahr 2005, der damals amerikanische Juden in einer fast beispiellosen Kampagne politischer Solidarität und humanitärer Hilfe in einem Konflikt auf der anderen Seite der Welt mobilisierte. Das Gleiche gilt für Haiti, wo kriminelle Banden jetzt umherstreifen und die Straßen beherrschen, was einen hochrangigen UN-Beamten dazu veranlasste, die Szenen in Port-au-Prince mit dem apokalyptischen Film "Mad Max" zu vergleichen, obwohl diese Äußerung, im Gegensatz zu den Erklärungen von UN-Beamten über die Notlage in Gaza, keine einzige Demonstration oder einen Akt des Protests auslöste. Ganz zu schweigen von den Kriegen in der westafrikanischen Sahelzone, wo Militärjuntas gegen islamistische Terroristen kämpfen; oder in Nigeria, wo Christen gnadenlos von islamistischen Banditen angegriffen werden, darunter die 87 Menschen, hauptsächlich Frauen und Kinder, die letzte Woche im Bundesstaat Kaduna entführt wurden; oder in Burma/Myanmar, wo die Junta, die vor drei Jahren durch einen Putsch eine demokratisch gewählte Regierung an sich gerissen hat, ihre Repression verschärft.

Die obige Liste ist bei weitem nicht vollständig, und das ist vielleicht der Punkt. Alle Kriege sind die Hölle, aber nur einer – der einzige, der derzeit von Israel geführt wird – wird durch einen ständigen Strom globaler Medienberichterstattung explizit als solcher identifiziert; schlecht informierte und zunehmend gewalttätige Pro-Hamas-Demonstrationen; Händeringen von Mandatsträgern, die sich Sorgen machen, Stimmen zu verlieren; und UN-Bürokraten, die dem gleichen antizionistischen Drehbuch folgen, das diese Institution mindestens seit den 1970er Jahren geleitet hat.

Deshalb habe ich ein paar Fragen an jene Juden, die sich zunehmend unter Druck gesetzt fühlen, im Namen des menschlichen Anstands einen Waffenstillstand in Gaza zu fordern.

Es ist völlig verständlich, ja sogar lobenswert, dass man sich inbrünstig ein Ende des Leidens der Palästinenser dort wünscht. Aber haben Sie ernsthaft darüber nachgedacht, wie all diese Aufmerksamkeit, die den Palästinensern zuteil wird, die Leidenden anderswo in den Schatten stellt? Sind Sie besorgt darüber, dass der Slogan "Palestinian Lives Matter" als "Only Palestinian Lives Matter" interpretiert wird und dass das Leben von Ukrainern, Haitianern und schwarzafrikanischen Gemeinschaften im Sudan irgendwie weniger wichtig ist? Können Sie den Mut aufbringen, Ihre Kritiker zu ihrem beschämenden Schweigen herauszufordern, wenn es um diese anderen Konflikte geht? Wenn man einen Kommentator wie Pankaj Mishra in der jüngsten *London Review of Books* liest, der behauptet: "Viele von uns, die einige der Bilder und Videos aus Gaza gesehen haben ... in den letzten Monaten still und leise verrückt geworden sind", sind Sie nicht gerührt zu fragen, warum diese anderen Konflikte keinen ähnlichen Wahnsinn hervorgerufen haben? In der Tat, fühlen Sie sich nicht verpflichtet, andere über diese Konflikte aufzuklären, um "die Welt zu heilen" in Übereinstimmung mit den edelsten Traditionen des Judentums?

Oder ist das Ziel jetzt einfach, Palästina auf Kosten Israels zu "heilen" und den Rest der Welt sich selbst regeln zu lassen? Ich fürchte, und damit bin ich nicht allein, dass die Antwort auf die letzte Frage "Ja" lautet. Ich warte darauf, dass mir das Gegenteil bewiesen wird.

Quelle: www.algemeiner.com/2024/03/24/war-is-hell-everywhere/

Kasachstan: Gebet für Bevölkerung

(Licht im Osten) Aus Kasachstan wird uns berichtet: Offiziell gibt es Religionsfreiheit im Land, aber wer sich aus dem Islam heraus zu Jesus Christus bekehrt, gerät meist unter großen gesellschaftlichen und familiären Druck, bis hin zum Ausschluss aus dem eigenen Familienverband. Und christusgläubige Kinder werden häufig in ihren Schulen öffentlich getadelt.

Christen werden als Verräter des islamischen Glaubens und ihres Landes angesehen. Bitte beten Sie

☒ für die Personen, die zum Glauben an Jesus Christus gefunden haben, dass sie Jesus als ihren täglichen Begleiter und Helfer erleben, dass sie Kraft bekommen, an Jesus festzuhalten und dass Gott durch sie auch an den Herzen ihrer Familienmitglieder wirkt.

Die Slawen die in Kasachstan leben, separieren sich von den Einheimischen, leider tun das auch viele slawische Christen im Land.

☒ Bitte beten Sie dafür, dass sich die slawischen christlichen Gemeinden für Einheimische öffnen und sie in Liebe annehmen; dass dabei nicht von der slawischen Kultur geprägte Gewohnheiten in den Gemeinden im Vordergrund steht, sondern das Evangelium.

☒ Bitte beten Sie für die vielen Menschen, die durch die Überschwemmungen im Norden Kasachstans in Not geraten sind, dass ihnen Hilfe zuteilwird und sie sich im Gebet an Jesus Christus wenden und in ihm Trost und Halt erfahren.

Kongo: Neue islamistische Angriffe im Osten des Landes

30.000 Schüler können wegen der Unsicherheit nicht zur Schule gehen

Kinshasa (Fides) - Bei einem Angriff von ADF-Kämpfern in der ländlichen Gemeinde Mangina, im Gebiet von Beni, in der Provinz Nord-Kivu, im Osten der Demokratischen Republik Kongo, wurden in der Nacht zum 3. April mindestens 10 Menschen getötet und mehrere Gebäude niedergebrannt.

Zu den von den Angreifern gestürmten Gebäuden gehörten das örtliche Gesundheitszentrum, das teilweise in Brand gesetzt wurde, sowie ein Dutzend Häuser und Geschäftsgebäude.

Die Dorfbewohner sind ratlos, "wie die Angreifer in einem Gebiet, in dem kongolesische und ugandische Soldaten stationiert sind, so einfach vorgehen konnten". Die „Allied Democratic Forces“ (ADF) handelt es sich um eine ugandische Rebellengruppe, die sich seit langem in Nord-Kivu und Ituri etabliert hat und dort die lokale Bevölkerung terrorisiert. Im Jahr 2019 gab die ADF ihre Zugehörigkeit zum Islamischen Staat bekannt, was den dschihadistischen Hintergrund unterstreicht (vgl. Fides 24/6/2023).

Die Gewalt der ADF (heute auch ISCAP bzw. Zentralafrikanische Provinz des Islamischen Staates genannt) hat dazu geführt, dass fast dreißigtausend Schüler, darunter elftausend Mädchen, im Gebiet Irumu in Ituri und im Gebiet Eringeti in Nord-Kivu nicht mehr zur Schule gehen können.

Nach einer kürzlich von einem Schulinspektorenteam durchgeführten Untersuchung wurden in diesen Gebieten neunundsiebzig Grund- und Sekundarschulen wegen der unsicheren Lage geschlossen. Einige der Schulgebäude wurden von Rebellen niedergebrannt.

Ende März berichteten Einwohner des Dorfes Mamove im Gebiet Beni (Nord-Kivu), dass die ADF seit Oktober 2023 mehr als 80 Menschen getötet und 60 weitere entführt haben. Die Rebellen operieren auch zunehmend in den Vororten der Stadt Beni; lokalen Quellen zufolge wurden zwischen dem 1. und 24. März mehr als acht Angriffe auf die Stadt Beni und insbesondere auf die Gemeinde Mulekera verübt. Bei diesen Angriffen wurden Dutzende von Menschen brutal getötet und viele andere verschwanden, während verschiedene materielle Güter, darunter ein Kakaolager, eines der wertvollsten Produkte der Region, geplündert wurden.

(L.M.) (Fides 4/4/2024)

Libanon: Christlicher Beamter entführt

(israelnetz.de) Ein Beamter der Partei „Libanesische Streitkräfte“ (Forces Libanaises) ist am Sonntag im Norden des Libanon entführt worden. Laut Berichten zogen vier bewaffnete Personen Pascal Sleiman in ein weißes Fahrzeug. Die Identität der Täter ist noch unklar. Die Entführung löste Straßenblockaden und Streikaktionen unter Anhängern der christlichen Partei aus. Die innenpolitische Lage im Libanon ist [angespannt](#). Die Libanesischen Streitkräfte gehören zu den größten [Kritikern](#) der schiitischen [Hisbollah](#). In der Vergangenheit kam es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen den Konfessionen. (cs)

Libanon: Entführter christlicher Beamter ermordet

(Insrailnents.de) Der christliche Beamte, der am Sonntag im Norden des Libanon [entführt wurde](#), ist tot. Dies teilte die libanesische Armee mit. Pascal Sleiman von der Partei „Libanesische Streitkräfte“ (Forces Libanaises) wurde demnach ermordet. Sein Leichnam wurde nach Syrien gebracht. Am Montagabend gab die Armee bekannt, dass sie die meisten Mitglieder einer syrischen Bande festgenommen habe, die hinter der Ermordung steckten. Sie stimmt sich mit den syrischen Behörden ab, um Sleimans Leichnam nach Hause zu bringen. (vbr)

Anmerkung Redaktion AKREF: siehe Meldung AKREF [vom 8.4.24](#)

Libanon: Nach Mord an Politiker

Maronitischer Patriarch ruft zur Ruhe auf

Beirut (Fides) – Indem er den barbarischen Mord verurteilt ruft er zu "Ruhe und Mäßigung in dieser heiklen und angespannten politischen, sicherheitspolitischen und sozialen Situation" auf. So äußerte sich der maronitische Patriarch, Kardinal Béchara Boutros Raï, in einer Erklärung nach dem Fund der Leiche von Pascal Sleiman, Koordinator in Jbeil (Byblos) der „Christian Lebanese Forces Party“. Sleiman war am Sonntag, den 7. April verschwunden und Opfer einer Entführung geworden. Seine Leiche wurde in Syrien an der Grenze zum Libanon gefunden. Nach Angaben des libanesischen Militärgeschichtsdienstes wurde Sleiman Opfer einer Entführung durch eine nicht näher bezeichnete "syrische Verbrecherbande", die ihn bei dem Versuch, sein Auto zu stehlen, tötete und anschließend seine Leiche nach Syrien brachte.

Die Christian Lebanese Forces Party teilt unterdessen mit, dass meisten Mitglieder der kriminellen Bande verhaftet wurden und man in Kontakt mit den syrischen Behörden zu stehen, um die Leiche des Politikers zu bergen.

Kardinal Raï sagte, er sei "wie alle ehrlichen Libanesen traurig über die Tragödie der Entführung und Ermordung von Pascal Sleiman". "Wir haben alle gehofft, dass er noch am Leben ist, und das wurde anfangs auch gesagt. Aber die bittere Wahrheit ist ganz anders. Ich habe für das Heil seiner Seele gebetet. Möge Gott seine in Trauer vereinte Familie sowie seine Weggefährten in der Partei trösten", so der maronitische Patriarch.

Der maronitische Patriarch lobte insbesondere die Besonnenheit der Witwe, die "den Libanesen eine Lektion für das Leben erteilt", weil sie keine Rached Gedanken geäußert habe. Der Kardinal fügte hinzu: "Möge Gott den Libanon und sein Volk vor den Übeltätern beschützen" und rief "die Medien auf, sich jeglicher Fehlinterpretation zu enthalten und das Feuer der Zwietracht nicht zu schüren".

(L.M.) (Fides 9/4/2024)

Myanmar: Staatenlose Rohingya werden zwangsrekrutiert

Die staatenlosen Rohingya in den Flüchtlingslagern werden von der birmanischen Armee zwangsrekrutiert

Sittwe (Fides) - Um ihre durch Verluste im Kampf dezimierten Reihen aufzufüllen, greift die birmanische Armee auf die Zwangsrekrutierung von jungen Männern aus dem Volk der Rohingya zurück und schickt sie an die Front im Kampf gegen die Arakan-Armee, eine ethnische Miliz, die im Staat Rakhine Widerstand leistet, dem burmesischen Staat, in dem die Rohingya, eine diskriminierte und marginalisierte muslimische Bevölkerung in Myanmar, traditionell ansässig sind. Wie Organisationen der Rohingya in der Diaspora, darunter die "Burmese Rohingya Organisation UK" und die "Free Rohingya Coalition", berichten, „hat das birmanische Regime die Rohingya gezielt zwangsrekrutiert, weil sie besonders verletzlich sind. Aufgrund der von der Junta verhängten Bewegungsbeschränkungen können sie nicht fliehen. Der Staat Rakhine ist für die Rohingya sozusagen ein Freiluftgefängnis. Die Junta hält sie für entbehrlich. Es ist eine grausame Art und Weise, die Rohingya in den Tod zu schicken“.

Mindestens eintausend junge Männer aus dem Volk der Rohingya - etwa die Hälfte von ihnen Binnenvertriebene - wurden in den letzten Wochen von der birmanischen Armee zwangsrekrutiert. Sie wurden aus ihren Häusern, Dörfern, Märkten und Vertriebenenlagern verschleppt und zu Armeestützpunkten gebracht, wo sie militärisch ausgebildet wurden. Nach zwei Wochen militärischer Ausbildung wurden die jungen Männer bewaffnet und gezwungen, birmanische Militäruniformen zu tragen, an die Front im Bundesstaat Rakhine geschickt. Nichtregierungsorganisationen befürchten, dass Dutzende von Menschen getötet wurden, "obwohl die genaue Zahl der Opfer aufgrund der vom Regime in dieser Region verhängten Nachrichtensperren schwer zu überprüfen ist". Andere intern vertriebene Rohingya, die nach einer Militärausbildung nach Sittwe, der Hauptstadt des Bundesstaates Rakhine, zurückgekehrt sind, werden im Bedarfsfall an die Front gerufen. Im Februar letzten Jahres kündigte das birmanische Regime an, dass es das Gesetz von 2010 über die Wehrpflicht umsetzen werde. Doch im Falle der Rohingya, denen durch ein Gesetz von 1982 die Staatsbürgerschaft entzogen wurde und die somit keinen Schutz und keine anerkannten Rechte haben, gäbe es keine Rechtsgrundlage, um ihnen die Wehrpflicht aufzuerlegen. Die NRO weisen deshalb darauf hin, dass die Rohingya staatenlos sind: Sie haben weder einen Pass noch einen Personalausweis, sie sind Binnenvertriebene und werden in Ghettos eingesperrt. Sie sind systematischer Diskriminierung, Gewalt und Vertreibung aus ihren Dörfern im Bundesstaat Rakhine ausgesetzt und wurden von der Junta stets als "illegale Einwanderer aus Bangladesch" betrachtet und definiert. Aus diesem Grund haben zwischen 2017 und 2018 mehr als eine Million Rohingya auf der Suche nach Zuflucht vor der Gewalt die Grenze überquert und sich in Flüchtlingslagern in Bangladesch niedergelassen, wo sie immer noch unter sehr schwierigen und prekären Bedingungen leben.

Die Zwangsrekrutierung von jungen Männern aus dem Volk der Rohingya findet auch während des islamischen heiligen Fastenmonats Ramadan statt. Viele junge Menschen haben versucht zu fliehen und wurden dabei zum Teil schwer verletzt. Die Rohingya - so berichten Diaspora-Organisationen - seien auch gezwungen worden, an Protestdemonstrationen teilzunehmen, die das Regime gegen die Arakan-Armee veranstaltete. Das Regime hat die Teilnahme einer Person aus jeder Familie angeordnet und den Teilnehmern Plakate ausgehändigt, um sie für die Propaganda der Junta auf den Weg zu schicken. Das Regime, so wird behauptet, "schürt so ethnische und religiöse Spannungen, um Hass und Gewalt gegen die Rohingya zu schüren".

Im Januar 2020 wies der Internationale Gerichtshof Myanmar an, "alle in seiner Macht stehenden Maßnahmen" zum Schutz der Rohingya zu ergreifen. Dieses Urteil wurde nie befolgt, und 600 000 Rohingya, die noch immer im Bundesstaat Rakhine leben, erleiden weiterhin Gewalt und Demütigung, die "zu einem langsamen Tod führen werden", wie es heißt, da ihnen "bewusst Lebensbedingungen zugemutet werden, die zum allmählichen Verschwinden des Rohingya-Volkes führen und sie der für ihr Überleben wesentlichen Ressourcen wie Nahrung, Wasser, Unterkunft, sanitäre Einrichtungen und medizinische Versorgung berauben". Hinzu kommen die strengen Einschränkungen der Bewegungsfreiheit der Rohingya, die es ihnen unmöglich machen, der Zwangsrekrutierung oder anderer Gewalt zu entkommen.

Nachdem Papst Franziskus in den vergangenen Jahren mehrfach an sie erinnert hatte, rief er in der ersten Generalaudienz des Jahres 2024 am 3. Januar erneut das Drama der Rohingya-Flüchtlinge in Myanmar und Bangladesch in Erinnerung: "Und vergessen wir nicht unsere Geschwister, die Rohingya, die verfolgt werden", so der Papst.

(PA) (Fides 5/4/2024)

Nepal: Wegen angeblicher Zwangsbekehrung vor Gericht

IIRF-D/BA/Tübingen/11.04.24 - Vier Christen in der Provinz Madhesh stehen vor Gericht, weil sie versucht haben sollen, Zwangsbekehrungen zum Christentum zu erreichen.

Am 3. April mussten die vier Gläubigen vor dem Bezirksgericht in Bara eine Kaution in Höhe von 150.000 nepalesischen Rupien (€1.043) hinterlegen.

Die Vorwürfe gehen auf einen Besuch zurück, den die Christen am 10. März bei einer nichtchristlichen Familie in der Stadt Kolhabi gemacht haben sollen. Mehrere Anwohner stellten die Christen in dem Haus zur Rede und riefen die Polizei. Sie behaupteten, die Christen versuchten, die Einheimischen mit Gewalt zu bekehren.

Sieben australische Christen in der Stadt wurden ebenfalls festgenommen und anschließend abgeschoben. Die vier nepalesischen Christen verbrachten 24 Tage in Gewahrsam, bevor sie auf Kaution freigelassen wurden.

"Dies ist ein ungeheuerlicher Fall von Ungerechtigkeit gegenüber allen Christen", sagte BP Khanal, Sprecher der Nepal Christian Society (NCS).

Die nepalesische Verfassung garantiert religiöse und kulturelle Freiheit. Jedoch trat 2018 ein Gesetz in Kraft, das Bekehrungen zu einer Religion kriminalisiert, die "seit der Antike praktiziert wird" - eine Regelung, die Hindus und Buddhisten schützt, aber Christen ausschließt, die Gläubige der ersten oder zweiten Generation sind.

Seit 2018 wurden mehr als 20 Fälle von Verfolgung, darunter auch Angriffe auf Kirchen, gemeldet, so die NCS. Die tatsächliche Zahl dürfte - so die NCS - viel höher liegen.

Eine Kontaktperson von Barnabas bestätigte, dass es in den letzten Wochen mehrere weitere Fälle von Schikanen gegen Christen gegeben habe. Zwei Ausländer wurden verhaftet und abgeschoben. Ein nepalesischer Christ in Pasupati und zwei weitere in Kathmandu wurden verhaftet, aber später wieder freigelassen. Außerdem griffen Extremisten Christen an, die Literatur verteilten und zerrissen Bibeln.

<https://www.barnabasaid.org/de/news/four-nepali-christians-face-trial-for-alleged-forced-conversion/>

Niederlande: Israelische Frauen am Flughafen schikaniert

(israelnetz.de) Ein Sicherheitsbeamter des Amsterdamer Flughafens hat am Freitag zwei israelische Frauen schikaniert. Beim Anblick der israelischen Pässe schrie der muslimische Mitarbeiter pakistanischer Herkunft die Frauen an, demütigte sie vor anderen Reisenden und hinderte sie am Weitergehen. Die Israelinnen kamen zu einem offiziellen Besuch unter der Schirmherrschaft des israelischen Verteidigungsministeriums in die Niederlande. Eine von ihnen war eine ehemalige Hamas-Geisel. Beamte der israelischen Botschaft fordern eine Untersuchung. Es gab ähnliche [Vorfälle](#) an anderen europäischen Flughäfen. (cs)

Niger: Neun Monate nach dem Putsch

Eine Analyse von Mauro Armanino für fides

Niamey (Fides) - Neun Monate sind von Ende Juli letzten Jahres bis April dieses Jahres vergangen, die Zeit einer Schwangerschaft. Der Putsch des Militärs kam relativ unerwartet und überraschte vor allem durch die dabei angewandte Methode. Die Entführung des amtierenden Präsidenten im Präsidentenhaus durch die Leibwache, die ihn vor diesem und anderen Putschversuchen schützen sollte. Der zyklische Rhythmus der Putsche in Niger verdeutlicht die Blockaden bei der Umsetzung des demokratischen Wandels der politischen Parteien und die "Unzuverlässigkeit" der Institutionen, die ihn garantieren sollten. Zu diesen Institutionen gehört auch das Militär, das seit Beginn der Republik eine entscheidende Rolle in der demokratischen oder nicht-demokratischen Ordnung des Landes spielt.

Die Politik des Übergangs scheint auf Sand gebaut zu sein. Die dreifarbigem Flaggen des Landes, die anfangs von Taxis mitgeführt wurden, sind allmählich verschwunden. Selbst die Menschenmassen der ersten Tage im Stadion und die Proteste auf den Straßen sind allmählich der Eintönigkeit des Alltags gewichen. Die Wiederöffnung der Grenzen und die Aufhebung der Sanktionen durch die Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten haben nicht die Erleichterung gebracht, auf die die arme Bevölkerung und die Wirtschaftsunternehmer gewartet haben... Nach der Ausweisung des französischen Militärs und der Diskretion der wenigen verbliebenen ausländischen Zivilisten wurde nun auch das amerikanische Militär zum Abzug aufgefordert. Die italienischen Soldaten verbleiben in Erwartung künftiger diplomatisch-wirtschaftlicher Abwägungen vor Ort.

Die Allianz der Sahel-Staaten (Alliance des États du Sahel, AES) der mit Mali, Burkina Faso und Niger die am stärksten von Terrorismus, Banditentum und Geschäftemacherei betroffenen Länder angehören, soll eine politisch-militärische Antwort auf die dramatische Situation der unsicheren Bevölkerung sein. Die Zahl der Vertriebenen in diesem Teil der Sahelzone geht in die Millionen, und Tausende von Bauern kämpfen um das Überleben. Die befürchtete Hungersnot, die leider seit Jahren ebenfalls "institutionalisiert" ist, betrifft einen großen Teil der Bevölkerung. Die politischen Entscheidungen, die mit der Verabsolutierung des Konzepts der "nationalen Souveränität" und der "Autarkie" verbunden sind, haben Folgen und "Rückwirkungen" auf die Bevölkerung, die nicht immer angemessen berücksichtigt wurden. Der vielleicht entscheidende Punkt des Übergangs dieser Monate liegt in der Schwierigkeit, den Kern eines politischen Projekts zu finden, das die Gegenwart prägt. Um das Prinzip der "Realität" nicht zu verraten, sollte es das "Gemeinwohl" in den Mittelpunkt stellen, nämlich die Gerechtigkeit für die Armen. Um zu vermeiden, dass die Vergangenheit in der Zukunft reproduziert wird, wurde die Politik und insbesondere die Demokratie erfunden.

(Fides 9/4/2024)

Nordkorea: Kontrolle um jeden Preis

Open Doors Schweiz – Junge Nordkoreaner hören und sehen sich immer mehr Musik und Filme aus dem Ausland an. Die Christen wiederum halten zusammen.

Die Nachrichten aus Nordkorea sind schlecht. Der Frühlingsanfang ist immer gleichbedeutend mit Lebensmittelknappheit. Es wird auch berichtet, dass das diktatorische Regime den jungen Menschen dort derzeit «intensive Studiensitzungen» aufzwingt. Bei genauerem Hinsehen enthüllen diese Sitzungen der intensiven Regierungspropaganda jedoch etwas, das letztendlich eine sehr gute Nachricht sein könnte. Simon Lee (Name geändert) ist der Koordinator von Open Doors in der Region. Er erklärt: «Vor 30 Jahren war Nordkorea ein geschlossenes Land, alle Informationen und Medien wurden vom Staat kontrolliert. Aber seitdem hat sich der Schwarzmarkt überall etabliert. Illegale DVDs und digitale Medien werden gehandelt.» Er präzisiert:

«Abergläubischer» Glaube»

Die Folge: Das Regime fühlte sich bedroht und zwang die jungen Leute, an «intensivem Studium» teilzunehmen. Ziel ist es, «kapitalistische und bürgerliche Ideologien zu entwurzeln» und «junge Menschen mit einer patriotischen Ideologie auszurüsten», so eine anonyme Quelle, die von der Nachrichtenagentur Daily NK zitiert wurde. In diesen Sitzungen wird erklärt, dass «das Anschauen oder Verbreiten von Filmen, Serien oder Nachrichten aus anderen Ländern völlig inakzeptabel ist».

Zu den absolut verbotenen Informationsquellen gehört alles, was mit dem christlichen Glauben zu tun hat, wie Simon Lee erklärt:

So kann jeder für sehr lange Zeit ins Gefängnis geworfen werden, nur weil er seinen «abergläubischen Glauben» teilt.

Propaganda unter Müttern

Das Regime fordert insbesondere von Müttern, darauf zu achten, was ihre Teenager anschauen und konsumieren. Vor kurzem fand in Pjöngjang zum ersten Mal seit 2012 wieder eine grosse Versammlung von Müttern statt. Einer der Slogans lautete: «Lasst uns echte kommunistische Mütter sein!».

In diesem Land sind alle Kirchen seit über 70 Jahren geschlossen, die Bibel ist illegal und es ist praktisch unmöglich, sich mit anderen Christen zu treffen. Trotzdem hält die Untergrundkirche weiterhin an Jesus Christus fest, wie ein nordkoreanischer Christ bezeugt:

Verheerende Knappheit

Der Nahrungsmangel ist besonders zu Beginn des Frühlings schrecklich: Die Lebensmittelvorräte sind aufgebraucht und die nächste Ernte wird gerade erst gesät.

Vor diesem Hintergrund wirken die Glaubensbekenntnisse der Untergrundchristen wie Lichter in der Dunkelheit: «Alle Gläubigen in Nordkorea haben sich verpflichtet, Christus zu dienen und einander zu unterstützen. Wir schrecken nicht vor Verfolgung oder unseren schrecklichen Lebensbedingungen zurück. Wir werden stark im Glauben sein, und wir werden unseren Lauf beenden», sagte einer von ihnen zum Schluss.

Quelle: Open Doors Schweiz

https://www.opendoors.ch/news/nordkorea-kontrolle-um-jeden-preis/?_cldee=QvnEpNvNK3uVJi-2ues0H9cpDQTyMsMdTP2FfniHpbua7unJNLkXcTnvwn1MORYs&recipientid=contact-f8987c35c926e711940400155d0c1929-0db88f137a1547bf8924aa21ba8a7c53&esid=73ac42c8-9de6-ee11-904c-000d3a688815

Pakistan: Christlicher Arbeiter angeschossen, weil er Lohn forderte

IIRF-D/MorningStarNews/Tübingen/11.04.24 - Muslimische Farmbesitzer in Pakistan schlugen am 23. März einen christlichen Arbeiter mit Eisenstangen und schossen ihm ins Bein, weil er den ihm zustehenden Lohn einforderte.

Waqas Masih, ein 42-jähriger Landarbeiter im Dorf Chak Nr. 8 Panj Garaiyan Kamalpur im Bezirk Faisalabad in der Provinz Punjab, hatte um seinen Lohn gebeten, um seinen beiden Kindern Kleidung für das Osterfest zu kaufen, sagte sein Bruder Akash Masih.

Die Farmbesitzer Luqman Jutt und Imran Jutt griffen Waqas Masih, einen Katholiken, an, nachdem er sie um die Auszahlung seines Lohns gebeten hatte.

"Die beiden Männer verprügelten Waqas zunächst brutal mit Eisenstangen, dann zog Luqman eine Pistole und schoss auf ihn, was zu einer Schussverletzung an seinem rechten Oberschenkel führte", sagte Akash Masih gegenüber Christian Daily International-Morning Star News. Während er blutend am Boden lag, setzten sie die Schläge fort.

"Wir konnten ihn noch rechtzeitig in das Allied Hospital in Faisalabad bringen, sonst hätte er an den starken Blutungen sterben können", sagte er.

Obwohl die Polizei einen First Information Report (FIR) gegen die beiden Verdächtigen aufnahm, wurden sie gegen Kautionsfreigabe freigelassen und kehrten in ihr Dorf zurück.

"Wir sind sehr arm, und die meisten der fast 300 christlichen Familien, die in dem Dorf leben, arbeiten als Arbeitskräfte für muslimische Landbesitzer", sagte Akash Masih. "Wir sind oft Grausamkeiten und Folter ausgesetzt, weil wir schwach und hilflos sind".

Der Angriff war der zweite auf seinen Bruder innerhalb von weniger als vier Monaten.

"Im Dezember wurden mein Vater, mein Bruder Waqas und seine Frau in unserem Haus angegriffen, als er seine Arbeitgeber aufforderte, seinen Lohn für Weihnachten zu zahlen", sagte Akash Masih.

Die Familie beschloss daraufhin, ihr 75 Quadratmeter großes Haus zu verkaufen und das Dorf auf der Suche nach besseren Perspektiven zu verlassen, aber die Vermieter erfuhren von ihren Plänen und waren entschlossen, sie in Schuldknechtschaft zu halten, obwohl sie einen Kredit von 150.000 Rupien (540 US-Dollar) zurückgezahlt hatten, den sie vor drei Jahren als Gehaltsvorschuss aufgenommen hatten.

"Mein Bruder hat 70.000 pakistanische Rupien (252 US-Dollar) mehr als den Darlehensbetrag gezahlt, aber nun ziehen sie noch Geld von seinem Lohn ab", sagte Askash Masih. "Sie haben uns absichtlich in eine Schuldenfalle gelockt, um uns davon abzuhalten, die Arbeit zu verlassen."

Die örtliche Polizei unterstützte die Verdächtigen, die in der örtlichen Gemeinschaft einflussreich seien.

"Keiner der beiden Beschuldigten wurde verhaftet, während wir andererseits davor gewarnt werden, das Thema anzusprechen", sagte er. "Unter diesen Umständen gibt es für uns kaum Hoffnung auf Gerechtigkeit."

Waqas Masih erholt sich zu Hause, aber der Angriff hat die mageren finanziellen Mittel der Familie belastet.

"Ich appelliere an die Polizei, uns Gerechtigkeit widerfahren zu lassen und uns vor weiterer Ausbeutung durch die Vermieter zu schützen", sagte Akash Masih.

Gemeindeführer sagen, dass Kosten und Mangel an Ressourcen die größten Hindernisse für religiöse Minderheiten sind, um in Pakistan zu ihrem Recht zu kommen.

"Die Mehrheit der Christen sind arme Menschen aus der Arbeiterklasse. Ihr Minderheitenstatus verschlimmert ihre Armut", sagte der ehemalige Minister für Minderheiten in Punjab, Ejaz Alam Augustine, ein Christ, der der regierenden Pakistan Muslim League-Nawaz (PML-N) angehört. "Sie sind nicht zuversichtlich, Gerechtigkeit zu erlangen. Leider hat sich das Gesetz nicht wirklich um sie gekümmert".

Augustine sagte, die Regierung müsse das Vertrauen in gefährdete Bevölkerungsgruppen stärken, indem sie den Zugang zur Justiz sicherstelle.

"Rechtsstaatlichkeit und eine zügige Justiz sind eine Voraussetzung für jede zivilisierte Gesellschaft", sagte er.

"Gewalttäter, vor allem wenn die Opfer gefährdeten Bevölkerungsgruppen angehören, müssen streng nach dem Gesetz bestraft werden.

Quelle: <https://morningstarnews.org/2024/04/christian-laborer-in-pakistan-shot-for-requesting-wages/>

Pakistan: Das wahre Gesicht der Entführungen und Zwangsheiraten christlicher Mädchen

Die Jubilee Campaign setzt sich seit langem gegen die Entführung junger christlicher Mädchen in islamischen Ländern ein. In Pakistan gilt neben dem nationalen Recht auch das islamische Recht, das es jungen Mädchen erlaubt, mit einem älteren Mann verheiratet zu werden, der manchmal erst acht Jahre alt ist.

Die Scharia gilt jedoch nur für Muslime. Für Christen und andere Minderheiten gilt daher nur die offizielle (nationale) Gesetzgebung, die die Eheschließung minderjähriger Kinder verbietet. Für Menschenhändler und Männer, die es auf junge christliche Mädchen abgesehen haben, ist es daher wichtig, dass die entführten Kinder zuerst zum Islam konvertieren, bevor sie "verheiratet" werden können. Durch ihre "Bekehrung" können die Kinder vor dem (Scharia-)Gesetz heiraten, danach können sie von ihren Entführern ungestraft misshandelt, missbraucht und als Sklaven im Haushalt oder auf den Feldern eingesetzt werden.

Im Laufe der Jahre hat Jubilee Campaign jungen Entführungsoffern und ihren Familien geholfen. Wir durften sie bei uns zu Hause betreuen, wo unser Team sie bei der Verarbeitung ihrer Traumata unterstützt. Wir wollen es jedoch nicht dabei belassen. Wir kämpfen auch für Gerechtigkeit und konkrete Lösungen. In den letzten Jahren ist es den Anwälten der Jubilee-Kampagne gelungen, die "Bekehrung" und "Heirat" dieser christlichen Kinder vor dem pakistanischen Gericht rückgängig zu machen. Das Ergebnis ist nicht nur für die Mädchen selbst und ihre Familien wichtig. Die Gerichtsurteile liefern eine Rechtsprechung, auf die auch andere Opfer in Zukunft zurückgreifen können.

Sara

Jubilee Campaign hat vor kurzem die Verantwortung für Saras Fall übernommen. Eine junge Christin, der es vor kurzem, nach mehr als zehn Jahren Gefangenschaft, wie durch ein Wunder gelungen ist, ihren Häschern zu entkommen. Sara arbeitete in einer Ziegelei, als sie im Alter von 13 Jahren entführt wurde. Nach ihrer Entführung wurde sie unter starkem psychischen Druck gezwungen, zum Islam zu konvertieren, woraufhin sie mit einem viel älteren Mann "verheiratet" wurde.

Während ihrer Haft wurde sie immer wieder schwer misshandelt. Sara wurde regelmäßig vergewaltigt und brachte fünf Kinder zur Welt. Trotz der Tatsache, dass sie zum Islam konvertiert war, wurde sie immer noch als "Tschurah" angesehen, ein abwertendes Wort, das in Pakistan oft für "schmutzige Christen" verwendet wird.

Als ihr "Ehemann" kürzlich beschloss, neben Sara noch eine zweite Frau heiraten zu wollen, protestierte die 23-jährige junge Frau. Dies führte dazu, dass ihr "Ehemann" in Rage geriet, in dem er Sara fesselte, ihr die Haare abschnitt und ihr die Nase abschnitt. Er verletzte sie auch an einem intimen Ort. Sara wurde dann in einen Raum gesperrt, in dem sie täglich misshandelt wurde. Aufgrund des Mangels an Nahrung und der anhaltenden Gewalt entwickelte sie ernsthafte gesundheitliche Probleme. Wenn sie es nicht geschafft hätte zu entkommen, hätte sie wahrscheinlich nicht überlebt. Nach der Flucht gelang Sara die Flucht in das Haus ihrer Eltern.

Gerechtigkeit

"Gewalt gegen christliche Frauen ist nach wie vor ein großes Problem in Pakistan", sagt Joseph Jansen. "Islamische Gesetze werden missbraucht, um Entführungen, Menschenhandel und Vergewaltigung zu legalisieren. Da die Regierung in Pakistan auch stark von islamischen Führern beeinflusst wird, werden Polizei und Justiz in der Regel nicht bereit sein, christliche Mädchen und ihre Familien zu schützen. Immer wieder stellen sie sich auf die Seite des islamischen Entführers."

Jahrelang versuchte Saras Familie vergeblich, sie freizubekommen. In den Monaten nach ihrer Entführung hoffte Sara, dass etwas unternommen würde und sie zu ihrer Familie zurückkehren könnte. Doch jedes Mal, wenn sie versuchte zu fliehen, wurde sie von der Polizei zu ihrem "Ehemann" zurückgebracht, weil ihr Entführer nach islamischem Recht im Rahmen seiner Rechte war. Nach der Geburt ihres ersten Kindes beschloss Sara schließlich, sich in ihr Schicksal zu fügen. Wenn sie flüchtete, würde das Sorgerecht automatisch an ihren "Ehemann" gehen und sie wollte ihr Kind nicht bei ihm lassen.

Nach den jüngsten Prügeln war aber genug genug. Sara sagt: "Im Februar 2024 gelang mir die Flucht und ich kehrte zu meinen Eltern zurück. Mein Entführer kam dann in das Haus meiner Eltern und brach meiner Mutter den Arm. Nachdem wir dies der Polizei gemeldet hatten, wurde der Entführer verhaftet. Einen Tag später entschied die Polizei jedoch, den Fall nicht weiter zu verfolgen, und der Täter durfte nach Hause gehen."

Wahres Gesicht

"Saras Fall ist das wahre Gesicht der Entführungen und Zwangsheiraten christlicher Mädchen in Pakistan", sagt Joseph Jansen. "Jubilee Campaign setzt sich dafür ein, die Gesetze zu ändern, die die Heirat minderjähriger christlicher Mädchen erleichtern. Nach nationalem Recht liegt das Heiratsalter bei 16 oder 18 Jahren. Da Polizei und Justiz jedoch fast ausschließlich mit Muslimen arbeiten, ziehen sie es vor, sich auf das islamische Recht zu verlassen, das Eheschließungen in sehr jungen Jahren erlaubt. Darüber hinaus sind viele Beamte und Vollstrecker davon überzeugt, dass es im Interesse christlicher Mädchen ist, von nun an als Musliminnen durchs Leben zu gehen. In Pakistan gelten Christen als Bürger zweiter Klasse, die nicht die gleichen Rechte und den gleichen Schutz genießen wie Muslime. In der Regel werden Polizei und Justiz die Täter schützen, auf Kosten der armen christlichen Opfer, die sich in der Regel nicht wehren können."

Es liegt also an uns, uns für unsere Brüder und Schwestern einzusetzen, die verfolgt werden und kämpfen. In Sarahs Fall sind wir entschlossen, den Rechtsstreit fortzusetzen, bis ihre erzwungene "Konversion" rückgängig gemacht und ihre "Ehe" aufgelöst wird. Wir werden auch daran arbeiten, ihre offizielle Registrierung als "Muslimin" rückgängig zu machen. In Pakistan war das bisher nicht möglich. Kürzlich gewann Jubilee Campaign jedoch [ein Gerichtsverfahren in Noras Fall in der](#) Berufung, das es im Prinzip ermöglichte, den religiösen Status auch in offiziellen Dokumenten von "muslimisch" in "christlich" zu ändern. Auf der Grundlage dieses Urteils werden wir diesen Prozess auch für Sara einleiten.

Darüber hinaus erwägen wir, eine Klage gegen den Entführer einzureichen. Eine Verurteilung des Entführers wäre eine klare Botschaft an andere Männer, die erwägen, christliche Mädchen zu entführen und zu missbrauchen. Wir hoffen auch, dass es möglich sein wird, Sara wieder mit ihren Kindern zu vereinen. Menschlich gesehen mag das unmöglich sein, aber das bedeutet nicht, dass wir nicht für ein Wunder beten können. Mit Gott sind alle Dinge möglich (Matthäus 19,26).

Rücktritt des Generalsekretärs der WEA aus gesundheitlichen Gründen

EAD würdigt Einsatz von Prof. Dr. mult. Thomas Schirmmacher

Schirmmacher seit 1999 bis heute Herausgeber des Jahrbuchs für Religionsfreiheit

Die Evangelische Allianz in Deutschland (EAD) sprach Prof. Dr. Thomas Schirmmacher für seinen langjährigen und engagierten Einsatz in vielen Bereichen der Deutschen und Weltweiten Evangelischen Allianz (WEA) große Anerkennung aus und ist überaus dankbar für sein vielfältiges und großes Engagement der zurückliegenden Jahre im nationalen sowie internationalen Kontext. Insbesondere seine Mitwirkung in verschiedenen Arbeitsgruppen und Menschenrechtsprojekten innerhalb der Deutschen, Europäischen und Weltweiten Evangelischen Allianz - die unter seiner Leitung ein zentrales WEA-Büro in Bonn errichtet hat - sowie seine Expertise in zahlreichen wissenschaftlichen Ausarbeitungen und Publikationen zu Themen wie Christenverfolgung, Islam, Menschenrechte und aktueller gesellschaftlicher Fragen sind gefragt bzw. vielbeachtet. Schirmmachers Einsatz als WEA-Generalsekretär auf verschiedenen Ebenen von Religion, Politik und des weltweitem gesellschaftlichem Zusammenhaltes sowie seine große Leidenschaft für die Einheit der Christen und eines friedlichen Zusammenlebens mit anderen Religionen war herausragend, beispielgebend und richtungsweisend. Schirmmacher gilt als führender Experte zum Thema Christenverfolgung, mehrfach war er als Sachverständiger für den Bundestag tätig und wird dort auch im April im Menschenrechtsausschuss sprechen. Schirmmacher nahm 2015 an der von Papst Franziskus einberufenen katholischen Familiensynode teil. Schirmmacher ist zudem Berater der Kommission für Glaube und Kirchenverfassung des Ökumenischen Rates der Kirchen.

Er wirkte innerhalb der EAD u.a. auch von 2000 - 2020 im Arbeitskreis für Religionsfreiheit - Menschenrechte - Verfolgte Christen (AKREF) als „Geschäftsführer“ des AKREF mit. Seit 1999 bis heute ist er der Herausgeber des "Jahrbuch für Märtyrer" (zunächst bzw. später dann) der zwei "Jahrbücher für Religionsfreiheit und "Diskriminierung und Verfolgung von Christen", bei denen die EAD Mitherausgeber ist und die zur deutschland- und weltweiten Anerkennung und Förderung der Religionsfreiheit beitragen. Er war zudem 1985 - 2020 Vorstandsmitglied des Arbeitskreises für Missiologie der EAD, 2011-2020 dessen Vorsitzender (heute "Evangelischen Forums für Mission, Kultur und Religion"). Von 1990-2001 war er auch Sprecher der Evangelischen Allianz Bonn und von 2000 - 2019 Vorsitzender der Theologischen Kommission der Europäischen Evangelischen Allianz (bzw. von „Hope for Europe“ der EEA).

Schirmmacher gab sich hoffnungsfroh, dass er gut therapiert werden könne. Künftig werde er deshalb keineswegs in den Ruhestand gehen, sondern zum einen wieder aktiver als Präsident des Internationalen Instituts für Religionsfreiheit auftreten. Das Amt hat er seit 2021 inne, zuvor war er Direktor der Einrichtung. Zum anderen gebe es Pläne für den Ausbau eines Zentrums zum Interreligiösen Dialog in Bonn, in dem er ebenfalls mitarbeiten werde.

Die EAD würdigte Thomas Schirmmachers Einsatz in den zurückliegenden Jahren, auch innerhalb Deutschlands für die EAD, wünscht ihm weiterhin gute Genesung sowie eine komplette Wiederherstellung seiner Gesundheit und freut sich auf eine weitere Zusammenarbeit mit ihm.

Weiterführende Links:

- [\[WEA\]](#)
- [\[ÖEA\]](#)
- [\[Jesus.de\]](#)
- [\[idea.de\]](#)
- [\[pro\]](#)
- [\[Bonner Querschnitte\]](#)
- [\[Katholische Presseagentur\]](#)



Thomas Schirmacher

WEA-Generalsekretär Prof. Dr. Thomas Schirmacher

© privat

Russland: Für vernünftige Entscheidungen

(Licht im Osten) Slawa schrieb uns: „Kürzlich, als meine Frau gerade mit unseren Kindern aus dem Haus ging, kam eine 89-jährige Nachbarin auf sie zu und fragte, ohne vorher zu grüßen: „Sag mal, wie ist Jesus, der im Jordan getauft wurde, orthodox geworden?“ So entstand ein Gespräch auf der Straße. Unsere Kinder liefen schnell los, um geistliche Literatur und Neue Testamente zu holen. Als sie zurückkamen, waren bereits drei weitere Nachbarinnen dazugekommen und sprachen mit meiner Frau über Gott. Meine Frau gab allen ein Neues Testament und Broschüren, allerdings steckte eine von ihnen die Literatur später wieder in unseren Briefkasten. Wenigstens hat sie sie nicht weg-geworfen.“ **Bitte beten Sie dafür**,
☒ dass sich glaubensferne Menschen in Russland auf die Gute Nachricht von Jesus einlassen und sich auf den Weg machen, ihn kennenzulernen.

Es ist schwieriger geworden, Räume für Gemeindeveranstaltungen zu mieten. „Mit viel Mühe haben wir einen Raum gefunden, in dem alle Platz haben. Bis jetzt haben wir diesen Raum nur für einen Monat bekommen. Außer-dem haben wir kein Büro mehr, sodass wir unsere Treffen zum Teil zu uns nach Hause verlegt haben und nun nach einem Ort suchen, wo wir unter der Woche zusammen-kommen können. Diese Situation betrifft nicht nur unsere Gemeinde, sondern auch die Firmen einiger unserer Freunde, deren Mietverträge ebenfalls nicht verlängert worden sind. Irgendetwas stimmt nicht mit den Immobilien, man kann nichts mehr mieten, selbst kaufen ist schwierig. Als Gemeinde beten wir um Gottes Leitung in der Frage, was wir jetzt tun sollen: mieten, wenn sich die Möglichkeit ergibt, kaufen, bauen? In letzter Zeit gibt es im Land immer wieder Gerichtsverfahren wegen Gottesdiensten in Privatwohnungen. Die Klagen kommen von Mietern in Mehrfamilienhäusern, was bedeutet, dass Büros im Erdgeschoss für uns nicht in Frage kommen.

Bittet beten Sie

- ☒ für unser Raumproblem und um Weisheit, ob wir als Gemeinde ein Haus kaufen oder bauen sollen.
- ☒ für die Jugendlichen, die auf der Suche nach Gott sind.
- ☒ für die Kinder, die von Jesus Christus gehört haben. Unsere Gemeinde bietet einmal im Monat eine Kinderkirche an, zu der sie ihre Freunde einladen können. Es ist ein Gottesdienst von Kindern für Kinder, nur die Predigt hält der Pastor ...
- ☒ für Russland, dass der Krieg aufhört.“
- ☒ für die gesetzgebenden Organe, dass sie vernünftige Entscheidungen treffen.

Russland: Nachrichten vom Missionswerk

Licht im Osten

A. K. kümmert sich um ein hilfloses, krankes und armes älteres Ehepaar, der Mann ist bettlägerig, „hat ein Herz-leiden, Leberzirrhose, Hör- und Stimmprobleme und einige andere gesundheitliche Einschränkungen. Zu ihren Verwandten haben sie keinen Kontakt. Es gibt eine Ex-Frau, eine psychisch kranke Tochter und einen drogenabhängigen Sohn. Zu dem Sohn haben sie auch keinen Kontakt.“ A. K. und seine Mitarbeiter brachten ihn ins Krankenhaus und übernahmen die Behandlungskosten. Inzwischen geht es ihm besser. A. K. und seine Mitarbeiter halfen ihm, einen Behinderungsgrad und Rente zu beantragen. Bitte beten sie dafür,

☒ „dass Christus im Herzen dieses Mannes und in dem seiner Familienmitglieder geboren wird. Bitte beten Sie für diese Familie.“

A. K. ist dankbar, dass sie christliche Kalender in der Sprache ihrer Volksgruppe herstellen können, die sehr gerne angenommen werden. Beim Entgegennehmen eines solchen Kalenders haben die Menschen oft „ein Staunen im Gesicht“.

☒ Bitte beten Sie dafür, dass Gottes Geist durch diese Kalender in die Herzen hineinspricht und -wirkt!

Außerdem besuchen A. K. und seine Mitarbeiter weiter-hin eine Suchtklinik. „Zurzeit betreuen wir Vitalij, einen Mann, der viele Jahre im Gefängnis war. Einmal war er betrunken gewesen und hatte sich die Füße abgefroren, so-dass er an seinen Füßen amputiert werden musste.“ A. K. half ihm, Papiere, einen Behindertengrad und Rente zu beantragen, was gelang. Nach der Suchtbehandlung möchten sie ihn in ein Rehabilitationszentrum bringen.

☒ Bitte beten Sie für Vitalij, dass er frei wird von Süchten und dass er in Christus Halt und Orientierung findet.

„Die Arbeit an der Übersetzung der Heiligen Schrift [in eine kaukasische Sprache] geht weiter. Für dieses Jahr ist die Veröffentlichung aller fünf Bücher Mose geplant. Zur-zeit wird an folgenden Büchern gearbeitet: Nehemia, Hohelied, Nahum, Habakuk, Maleachi.

☒ Bitte beten Sie für diese Übersetzungsprojekte.

Türkei: Erdbeben bringt Menschen zu Gott

(AVC) Christen machen gerade einmal 0,2 % der türkischen Bevölkerung aus. Das Land mit einer so wertvollen christlichen Historie erlebt derzeit einen geistlichen Aufbruch. Wir beten für unsere Partner und die Bevölkerung.

Die Spuren des Erdbebens im Februar 2023 sind immer noch deutlich sichtbar. Trümmerhaufen, staubige Luft und in den Straßen sind lauter Löcher. Doch inmitten dieser Verwüstung geschieht etwas Außergewöhnliches. Die muslimischen Türken fangen an, Gott zu suchen. Ein lokaler Pastor berichtet uns, dass an den letzten Sonntagen seine Gemeinde aus allen Nähten platzte – zuvor hatte er 15 bis 20 Besucher. Mittlerweile kommen über 90 Leute zum Gottesdienst. Einige sitzen sogar im Flur, weil es nicht genügend Plätze gibt.

Weiterhin stehen unsere Partner den Erdbebenopfern vielfältig bei. Durch den Bau von Holzhütten erhalten mehr als 400 Familien zumindest vorübergehend ein neues Zuhause. Durch diese Arbeit haben die Christen viel Kontakt mit den Betroffenen. Sie können für sie da sein, ihnen zuhören, sie trösten und Mut machen.

Wir beten

... dass Jesus den Muslimen in Träumen und Visionen begegnet,
... für Weisheit, Ausdauer und Kraft unserer Partner,
... dass viele Herzen sich öffnen und Jesus zuwenden.

Ukraine: Wie geht es den Christen?

und aus anderen Ländern im Osten

(Licht im Osten) Alexej T. (Kiew, aktuell in Deutschland) berichtet dankbar von einer weiteren ermutigenden Entwicklung des internationalen Seelsorge-Ausbildungsdienstes, in dem er seit vielen Jahren tätig ist. Sogar in Russland konnte ein neues Unterrichtsprojekt gestartet werden durch Mitarbeiter aus **Weißrussland**.

☒ Bitte beten Sie um Stärkung des Seelsorgedienstes in Russland.

In Kiew wurden nach zweijähriger Kriegspause die Schulungen wiederaufgenommen.

☒ „Ein großes Anliegen ist, einen Raum in der Nähe eines Luftschutzkellers zu finden.“

„Das ukrainische Projekt in Lviv hat bereits die Hälfte der Arbeit hinter sich. Das Lehrbuch für das 6. Modul wird bereits ins Ukrainische übersetzt.“

☒ Bitte beten Sie um Bewahrung für alle Schulungen in der Ukraine und dafür, dass die Teilnehmer das Gelernte gut in der Praxis umsetzen und vielen Menschen seelsorgerlich helfen können. Gerade bei den vom Krieg traumatisierten Menschen ist der Seelsorge-Bedarf sehr groß.

„In **Kasachstan** bitten immer wieder Personen darum, in den dortigen Kurs aufgenommen zu werden. Das zeigt die gute Wirkung der Ausbildung, denn unsere einzige ‚Werbung‘ ist das Engagement unserer Teilnehmer. Vielleicht wird ein dritter Kurs in Schymkent angeboten, um das Projekt auch in andere zentralasiatische Länder zu bringen.“

☒ Wir bitten um Gebet für die Seelsorgeausbildung in Kasachstan, dass sie vielen Menschen dort und in den angrenzenden Ländern zum Segen wird.

„Das Unterrichtsprojekt in Israel ist das einzige, das wegen des Krieges mit Palästina ausgesetzt worden ist. Das Unterrichtsteam trifft sich manchmal mit Teilnehmern, um sie zu ermutigen und ihnen bei den Hausaufgaben und praktischen Einsätzen zu helfen. Die Kinder unserer Lehrer Vitalij und Vlad sind jetzt in der israelischen Armee. Wir haben beschlossen, dass es klug wäre, das Ende des Krieges abzuwarten.“

☒ Bitte beten Sie dafür, dass der Seelsorge-Ausbildungsdienst in Israel bald wieder aufgenommen werden kann und dass auch hier Menschen in seelischer Not die Hilfe bekommen, die sie brauchen.

In Kischinau, **Moldawien**, werden Lehrer angeleitet, Unterrichtsmodule eigenständig zu leiten.

☒ Bitte beten Sie für eine gute Weiterentwicklung des Unterrichtsteams in Moldawien.

Disclaimer: Die Evangelische Allianz in Deutschland und ihr Arbeitskreis Religionsfreiheit- Menschenrechte-Einsatz für verfolgte Christen stellen diese Informationen zur Verfügung ohne jede Kommentierung. Die Ansichten, die in den Meldungen zum Ausdruck kommen, werden nicht ohne Weiteres von EAD oder AKREF geteilt.

Falls Sie die Erstellung und Verbreitung der AKREF Gebetsanliegen unterstützen möchten, können Sie gern eine Spende richten an:

Evangelische Allianz in Deutschland (EAD)

Spendenkonto:

IBAN: DE87520604100000416800

BIC: GENODEF1EK1

Evangelische Kreditgenossenschaft

Verwendungszweck „AKREF“

Gerne können Sie auch [online spenden](#).

Links

www.csi-de.de

<https://islam.ead.de/>

<https://akref.ead.de/>

<https://akref.ead.de/gebet-fuer-verfolgte/>

www.h-m-k.org

www.hilfsbund.de

www.hoffnungszeichen.de

www.idea.de/nachrichten.html

www.islaminstitut.de

www.kirche-in-not.de

www.opendoors.de

www.pro-medienmagazin.de

www.stanet.ch/APD

www.zenit.org

Menschenrechtsorganisationen:

www.amnesty.de

www.igfm.de

www.gfbv.de

Wichtige englischsprachige Internetseiten:

www.advocatesinternational.org [Anwälte im Auftrag der Allianz]

www.barnabasfund.org

www.csi-int.ch

www.forum18.org [Forum 18 News Service]

www.idop.org [Int. Seite des Gebetstages für verfolgte Christen]

www.iirf.eu [Internationales Institut für Religionsfreiheit]

www.meconcern.org [Middle East Concern]

www.persecutedchurch.org

www.persecution.net [Voice of the Martyrs/HMK]